



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	12. Sitzung
Datum	Montag, den 05.03.2012
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren: vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordneter Rompf,	SPD
Stadtverordneter Kinkler,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Schäfer,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordneter Linke,	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzender Dr. Büger,	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
--------------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Gürsch, Magistratsbüro	ohne
Herr Peters, Rechtsamt	ohne
Herr Schäfer, Kämmerei	ohne
Herr Velte, Stadtbetriebsamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Herr Lehne

ferner waren anwesend:

Stve. Yigit, die Linke
Stv. Droß, SPD
Herr Niggemann, Förderverein Wetzlar Stadt der Optik e.V.
Herr Prof. Erbach, ehemaliger Vorsitzender Förderverein Wetzlar Stadt der Optik e.v.
Herr Reuschling, Seniorenrat
Frau Freudenmann, Wetzlarer Neue Zeitung

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zum Sitzungsverlauf schlug AV H e y e r vor, nach Tagesordnungspunkt 1 das Thema „Clustermanagement“ zu behandeln. Zur Beantwortung anstehender Fragen stehe Herr Niggemann zur Verfügung. FrkV M i c h a l e k gab davon Kenntnis, dass der hier aufgeführte Tagesordnungspunkt 13 im Bauausschuss im Geschäftsgang belassen worden sei. Er bat darum, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ebenso zu verfahren. Die Ausschussmitglieder waren mit den Änderungsvorschlägen zur Tagesordnung einverstanden.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 30.01.2012

TOP 2

0744/12

Gebührenordnung für die Nutzung städtischer Sportanlagen an externe Vereine bzw. Betreiber von Fußballschulen und Fußballcamps

I/154

TOP 3

0759/12

Werner Gimmier Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH

I/155

TOP 4

0530/11

Optikparcours

Änderung der Organisationsstruktur und der vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt Wetzlar und dem Förderverein Wetzlar Stadt der Optik e.V.

I/121

TOP 5

0641/11

Änderung Sportförderungsrichtlinien

I/149

TOP 6

0583/11

Einführung des Kfz-Kennzeichens „WZ“

I/110

TOP 7

0726/12

Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „WZ“

I/153

TOP 8

0780/12

Energieversorgung Stadthalle Wetzlar

Prüfungsauftrag

I/157

TOP 9

0781/12

Energieversorgung Neues Rathaus

Prüfungsauftrag

I/158

TOP 10

0806/12

Aufwandsteuer für das Hotelgewerbe (Bettensteuer)

I/162

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 30.01.2012

Mitteilungen

- Baugebiet Rasselberg

OB D e t t e informierte darüber, dass die Normenkontrollklage von Anwohnern vom

hessischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt worden sei und somit den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bestätigt habe. Die Nachfrage von FrkV M i c h a l e k, ob dies für alle drei Anklagepunkte gelte, bejahte Herr P e t e r s.

- Stellenentwicklung

Die Information zur Nachfrage von Stv. Breidsprecher ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage I).

- Bodenwertsteigerungen

Die Beantwortung der Nachfrage von Stv. Hedderich ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage II).

- Unterhaltsvorschussleistungen - Rückholquoten

Die Beantwortung der Nachfrage von Stv. Droß ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage III).

- Drucksachen-Nr. 0704/11 (II/46) - Grundstücksverkauf

Die Beantwortung der Nachfrage von Stv. Droß und FrkV Michalek ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage IV).

Anfragen

- Mehrkosten Bahnhof

FrkV M i c h a l e k nahm Bezug auf die Ankündigung, dass bei der Maßnahme 300.000 € bis 400.000 € an Mehrkosten entstünden und wollte konkret erfahren, welche zusätzliche Kosten daraus für die Stadt absehbar seien. OB D e t t e merkte an, er habe in dieser Angelegenheit ein Gespräch im hessischen Wirtschaftsministerium geführt und erreichen können, dass Teile der Abbruchkosten vom Land übernommen werden oder seitens des Landes eine höhere Förderung erfolge. Hinsichtlich der Bahn lägen keine weiteren Detailinformationen vor, wenn dies geschehen sei, werde er darüber berichten.

- Korruptionsfall

Stv. K l e b e r interessierte sich für den aktuellen Sachstand. OB D e t t e gab davon Kenntnis, dass nach Prüfung der Unterlagen durch das Rechnungsprüfungsamt keine weiteren Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden. Die Stadt habe sich von den Beteiligten Mitarbeitern getrennt. Es sei ein Aufhebungsvertrag geschlossen sowie eine fristlose Kündigung ausgesprochen worden. Gegen die fristlose Kündigung sei Widerspruch eingelegt worden, sodass es wohl zu einem Arbeitsgerichtsverfahren komme.

- Spielapparatesteuer

Stv. B r e i d s p r e c h e r bezog sich auf eine Veröffentlichung des Hessischen Städtetages und fragte nach, wann in Wetzlar in dieser Angelegenheit etwas Neues geschehe. OB D e t t e klärte darüber auf, in der Vergangenheit habe man sich

immer an der Mustersatzung des Hessischen Städtetages orientiert. Diese Mustersatzung werde derzeit überarbeitet. Es sei noch abzuwarten, was das Land Hessen an Rahmenbedingungen für die eingeschränkte Nutzung von Spielhallen vorgebe. Sobald neue Kenntnisse vorlägen werde er dies berichten.

- Haushaltssatzung 2012

Die entsprechende Unterlage wurde den Ausschussmitgliedern zur Hand gegeben.

Niederschrift vom 30.01.2012

Die Niederschrift wurde in der vorgelegten Form von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungswünsche genehmigt.

Clustermanagement

Unter Hinweis auf die im Haushalt veranschlagten 60.000 € wollte Stv. K l e b e r erfahren, was sich dahinter verberge. Herr N i g g e m a n n erklärte, er habe eine Präsentation zu diesem Thema ausgearbeitet, die er aber ad hoc nicht vorstellen könne und schlug vor, wenn es der Ausschuss wünsche, die Präsentation in der nächsten Sitzung vorzunehmen. Dazu führte OB D e t t e ergänzend aus, dass dann das Clustermanagement als eigener Tagesordnungspunkt aufgenommen werden solle. FrkV M i c h a l e k bat, dass von Niggemann angesprochene Handout den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung zu stellen.

TOP 2

0744/12

Gebührenordnung für die Nutzung städtischer Sportanlagen an externe Vereine bzw. Betreiber von Fußballschulen und Fußballcamps

FrkV M i c h a l e k führte aus, er erwarte vom Magistrat, das was in der Vorlage stehe, auch realisiert werde. Jeder Verein solle zum Zuge kommen und Berücksichtigung finden.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 3

0759/12

Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

0530/11

Optikparcours

Änderung der Organisationsstruktur und der vertraglichen Regelungen zwischen

der Stadt Wetzlar und dem Förderverein Wetzlar Stadt der Optik e.V.

OB D e t t e nahm Bezug auf die Änderungsempfehlungen des Bauausschusses vom 29.02.2012, worin Ziffer 2 des Beschlussvorschlages modifiziert worden sei. Stv.

B r e i d s p r e c h e r merkte zu der Änderungsempfehlung des Bauausschusses an, dass keine zusätzliche Stelle geschaffen werden solle, sondern es vorgesehen sei, die Abdeckung aus den Stellen des gültigen Stellenplanes vorzunehmen.

OB D e t t e führte des Weiteren aus, es werde innerhalb des Baudezernates intern geprüft werden, wie die Aufgaben der Begleitung und der Überwachung so zu bündeln seien, dass man Doppelarbeiten meide. Stv. K l e b e r legte dar, dieses Thema sei in allen Ausschüssen rauf und runter diskutiert worden. Konkret bezog er sich nunmehr auf den vorletzten Absatz der Seite 7 der Begründung, wonach neben der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel von zur Zeit ca. 59.000 € pro Jahr für einen Bautechniker ca. 40.000 € hinzuzurechnen seien. Folglich entstünde ein Betrag von 100.000 € im Jahr. Im Jahre 2012, so OB D e t t e, seien als Zuschussbedarf ca. 92.000 € ausgewiesen. Hierin seien interne Leistungsbeziehungen in Höhe von 30.700 € enthalten, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 59.400 € und Abschreibungen in Höhe von 36.100 €. Somit sei der gesamte Aufwand unter Berücksichtigung der Erträge von 34.300 € im Ansatz von 2012 veranschlagt worden.

Nunmehr interessierte Stv. K l e b e r zu erfahren, was mit dem Restgeld geschehe, welches der Förderverein erhalten habe, wenn lediglich Reparaturen in Höhe von 7.000 € durchzuführen seien. Nach seinem Dafürhalten müsse der Förderverein noch einen Bestand von ca. 80.000 € zur Verfügung haben. Er frage, was mit dem Restgeld geschehe, wenn die 80.000 € in Gänze nicht benötigt würden. Fließe dieses Geld zurück an die Stadt? OB D e t t e bat zu berücksichtigen, dass zwei beschlossene Objekte noch nicht in die Aufstellung eingeflossen seien. Stv. K l e b e r sah weiterhin die Notwendigkeit, dass das Restgeld an die Stadt zurückfließe. Herr S c h a u b legte dar, dass der Verein Rechenschaft gegenüber der Stadt abzulegen habe, für was die Mittel in Höhe von 80.000 € verwandt worden seien. Er gehe davon aus, dass die vorhandenen Mittel für die anstehenden Vorhaben benötigt werden. OB D e t t e schloss sich der Auffassung von Stv. Kleber an, dass der Verein nicht benötigte Mittel an die Stadt zurückzahlen müsse.

Stv. B r e i d s p r e c h e r bedankte sich bei Herrn Prof. Erbach, dass dieser bei der Sitzung anwesend sei. Auf die Kritik der SPD eingehend sprach er Prof. Erbach direkt an, ob dieser sich aus seiner Verantwortung stehle. Herr Prof. E r b a c h dankte für die Gelegenheit sich äußern zu können und führte aus, dass er nicht vor der Verantwortung flüchte. Zweifelsfrei sei der Optikparcours sein Kind gewesen, zu dem er immer noch stehe. Bei Bildung des Arbeitskreises sei man sich bewusst gewesen, dass eine Struktur benötigt werde, diese sollte mit dem Förderverein an der Spitze erreicht werden. Er habe damals angeboten, in den städtischen Gremien Stellung zu beziehen. Seitens des damaligen Stadtrates Beck und Herrn Mulfinger sei dies nicht für notwendig erachtet worden. Dies habe er protokolliert. Außerdem sei in der Vergangenheit zu jeder einzelnen Stelle Stellung bezogen worden.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erinnerte sich, zu dem Zeitpunkt als über die Vertragsbedingungen verhandelt worden sei darüber geredet wurde, dass die Stadt nur die Kosten für die Fundamentierung und die Wasser- und Energiekosten zuständig sei. OB D e t t e merkte an, es sei ein Entwicklungsprozess gewesen. Alle Beteiligten seien davon ausgegangen, dass die Stellen entwickelt werden und die Stadt die Fundamentierung übernehme, die sonstigen Leistungen durch die Firmen erfolgen. Er habe immer die Reinigung

auf der Ebene der Stadt gesehen. Im Zuge der Entwicklung der Stelen, die einmalige Objekte darstellten und für alle Neuland gewesen sei, sei deutlich die Komplexität unterschätzt worden. Jedoch sei frühzeitig erkannt worden, dass es nicht dabei bleiben könne, dass die Stadt nur Investitionsmittel zur Verfügung stelle. Auch weise er nochmals auf die EU-Fördermittel von 535.000 € und auf die geringen Vandalismusschäden hin.

Prof. Erbach habe den Vertrag unterschrieben und sich verpflichtet bestimmte Dinge zu erledigen, konstatierte Stv. H e d d e r i c h. Ferner führte er an, man hätte damals erkennen müssen, dass das ganze Projekt nicht so funktionieren würde wie angedacht. Er fühle sich daher von Prof. Erbach und anderen Informanten über den Tisch gezogen. Es sei leichtsinnig gewesen, einen solchen Vertrag zu fertigen.

FrkV M i c h a l e k hielt vor, die Idee des Optikparcours sei von Prof. Erbach und vom Magistrat so verkauft worden, dass die Stadt nur die Standorte zur Aufstellung der Stelen herrichte und alles andere der Förderverein manage und zahle. Dazu sei angefragt worden, aber keine Stellungnahme erfolgt. Er werde sich bei keinem anderen Projekt mehr über den Tisch ziehen lassen. Für ihn seien die Aussagen von Magistrat und dem Förderverein seinerzeit eindeutig gewesen. Er finde es traurig, wenn man sich aus der Verantwortung stehle, anstatt die Fehler zuzugeben.

OB D e t t e machte nochmals deutlich, dass es sich um einen Entwicklungsprozess gehandelt habe und nichts bewusst verschleiert worden sei. Man sei sich damals der technischen Problematik nicht bewusst gewesen. Als der Bedarf erkennbar geworden sei habe der ehemalige Stadtrat Beck die Mittel beantragt und diese seien auch eingestellt worden. Er sei sich sicher, dass alle Beteiligten ihren Kenntnisstand vermittelten. Der Förderverein sei sicherlich zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung davon ausgegangen, die ihm gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Auch die Beteiligung der heimischen Unternehmen sei als lobenswert zu erachten.

FrkV L e f è v r e wertete, der Optikparcours war und sei noch immer eine gute Idee. Man solle zukunftsorientiert das Thema anpacken und die pädagogischen Konzepte ausbauen. Dies bedeute in verstärktem Maße Kinder für den Optikparcours zu interessieren, weil Kinder neugierig und wissbegierig seien.

Stv. D r o ß vertrat wie auch FrkV Michalek die Auffassung, irgendwann solle man unter dieses Thema einen Punkt machen, aber es vorher ausdiskutieren. Er bestreite, dass die Probleme des Optikparcours in der technischen Komplexität lägen. Die Publikumssteuerung sei eine komplette Fehleinschätzung gewesen. Auch meine er, die Sponsoren hätten sich die ganze Angelegenheit sicherlich in Bezug auf die Werbewirksamkeit anders vorgestellt. Er sei sicher, dass der Optikparcours der Stadt wie ein Klotz am Bein hänge. Ein Fehler sei nach seiner Ansicht auch die standortmäßige Streuung der Objekte gewesen.

Stv. K l e b e r stellte fest, die Kosten seien ab dem Jahre 2007 aus dem Ruder gelaufen. Es sei immer etwas an den Dingen vorbei informiert worden. Von den Vertragsunterlagen habe er erstmals im Jahre 2010 erfahren. Hätte man diese Informationen vorab erhalten, wäre die ganze Thematik Optikparcours vielleicht nicht, so wie geschehen, mitgetragen worden. Aber man komme jedoch, wie die Vorlage zeige, an dem Thema nicht vorbei. Die SPD werde sich der Stimme enthalten.

FrkV Dr. B ü g e r zeigte Verständnis für den geäußerten Ärger. Er möchte aber festgehalten wissen, dass der Förderverein, die Sponsoren und die Stadtverordneten Gutes wollten und er möchte keinem Beteiligten unterstellen, mit Absicht Informationen ver-

schleiert zu haben. Ansonsten teile er im Großen und Ganzen die Auffassung von FrkV Lefèvre. Vielleicht sei die Komplexität gegebenenfalls an der einen oder anderen Stelle unterschätzt worden. Für ihn sei klar gewesen, dass das ganze Projekt risikobehaftet sei, weil man Neuland betrat. Er werde der Vorlage, sicherlich auch mit Ärger, aber auch mit Verständnis, zustimmen. Es könne leider nicht immer alles so laufen wie geplant.

Prof. E r b a c h erklärte, es gebe niemanden, der das Nichtfunktionieren der Objekte in der Bahnhofstraße mehr bedauere als er. Er habe alles dokumentiert und dies könne gerne eingesehen werden. Alle Beteiligten hätten die Verträge nach bestem Wissen und Gewissen unterschrieben. Teilweise hätte man sich mehr Interaktion bei den Stelen gewünscht. Dies liege aber auch daran, dass mehr Sponsoren aus den nicht optischen Bereichen als aus den optischen Bereichen gekommen seien. Die Probleme in der Bahnhofstraße gelte es zu lösen.

AV H e y e r dankte Prof. Erbach für sein unaufgefordertes Kommen. Er habe damit gezeigt, dass er sich der Verantwortung stelle.

Abstimmung in der Fassung des Bauausschusses: 6.0.5

TOP 5

0641/11

Änderung Sportförderungsrichtlinien

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 6

0583/11

Einführung des Kfz-Kennzeichens „WZ“

OB D e t t e schlug vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam zu behandeln. Der Ausschuss erklärte sich einverstanden.

Aufgrund der Fragestellungen in der vorletzten Sitzung, unter anderem von FrkV Lefèvre, gab OB D e t t e davon Kenntnis, dass aufgrund der vorgeschlagenen Vereinbarung mit dem Lahn-Dill-Kreis die bisherige Organisationsform für die Bürger unverändert bleibe. Der Lahn-Dill-Kreis werde beauftragt bei Bedarf das WZ-Kennzeichen auszugeben. Außer den einmaligen Kosten für Softwareänderungen in Höhe von 7.000 € würden der Stadt keine weiteren Belastungen entstehen. Aufgrund der erhöhten Flexibilität bedeute die Einführung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wetzlar bei Neuanmeldung eines Fahrzeuges eine Art „Wahlfreiheit“. Wer möchte, könne sein bisheriges LDK-Kennzeichen in ein WZ-Kennzeichen umtauschen. Bei Erstanmeldungen werde ausschließlich das WZ-Kennzeichen ausgegeben.

Stv. B r e i d s p r e c h e r zeigte sich erschüttert darüber, wie die SPD gegen die Einführung des WZ-Kennzeichens argumentiere. Zu den Ausführungen des Vereins „Stadtmarketing“ merkte er an, es wäre die beste Konsequenz, den Werbeetat der Stadt für den

Verein zu streichen. Die Argumentation des Stadtmarketingvereins könne er nicht nachvollziehen. Er bedauere, dass die Einführung des WZ-Kennzeichens trotzdem eine Wahlfreiheit ermögliche. Für ihn sei selbstverständlich, wer in Wetzlar wohne, solle auch auf seinem Fahrzeug das WZ-Kennzeichen führen.

Für FrkV L e f è v r e bedeutete die Wahlfreiheit ein Stück Flexibilität. Es werde keinen Zwang mehr geben sondern weitgehende Freiwilligkeit. FrkV L e f è v r e teilte mit, dass sie sich der Stimme enthalten werde.

Stv. C l o o s bat, bei der Erörterung der Vorlage zur Sachlichkeit zurückzukehren und führte ferner aus, dass er die mögliche Zustimmung von FrkV Lefèvre begrüße. Auch gehe er mit Stv. Breidsprecher überein, dass die Ausgrenzung für Bürger von außerhalb kein Gegenargument sei. Ein WZ-Kennzeichen sei tatsächlich marketingwirksam. Er bezeichnete die Vorlage als guten Kompromiss, wo man jedem Bürgerwillen Rechnung tragen könne.

Stv. K i n k l e r bezog sich auf die laut WNZ vom 15.02.2012 von OB Dette gemachte Aussage zur Stellungnahme des Stadt-Marketings „Ich wundere mich darüber schon etwas. Möglicherweise vertritt der Vorstand hier nicht das Meinungsbild seiner Mitglieder. Die deutliche Mehrheit derer, die ich kenne, gerade aus den Reihen der Altstadt-Händler, unterstützen die Idee“ und fragte nach, ob es sich hierbei um dessen subjektive Einschätzung handele. OB D e t t e bejahte dies. Er habe beispielsweise von Einzelhändlern ein anderes Meinungsbild erhalten. Für ihn sei es ein typisches Thema, wo man den Stadtverordneten jeweils die Einzelentscheidung ermöglichen sollte.

FrkV Dr. B ü g e r bekundete, er sehe die Angelegenheit ganz nüchtern. Er werde gerne dem Wunsch aus der Bevölkerung nachkommen. Wegen der Option werde keiner gezwungen das LDK-Kennzeichen zu entfernen.

FrkV M i c h a l e k stellte fest, dass er sich heute der Stimme enthalten werde, weil die Angelegenheit in der morgigen Fraktionssitzung behandelt werde. Er fragte Stv. Cloos, ob der ursprüngliche Antrag (Tagesordnungspunkt 7) bestehen bleiben solle, oder der Antrag zu Gunsten der Magistratsvorlage zurückgezogen werde. Stv. C l o o s zog seinen Antrag zu Gunsten der Magistratsvorlage zurück.

Zur Nachfrage von Stv. S c h ä f e r an OB Dette, wie die Möglichkeit eingeschätzt werde, dass zum Beispiel Usingen, Weilburg etc. auch wieder ihr ursprüngliches Kennzeichen bekämen, gab OB D e t t e davon Kenntnis, nach gegenwärtiger Rechtslage hätten nur die Sonderstatusstädte die Möglichkeit, einen eigenen Zulassungsbezirk zu beantragen. Allerdings gebe es auf Bundesebene Diskussionen darüber, eine höhere Flexibilität in dieser Angelegenheit zu erreichen. Derzeit sei dies jedoch noch kein Rechtsstatus. OB D e t t e schlug Ziffer a zur Abstimmung vor.

Abstimmung über Ziffer a: 4.1.6

TOP 7

0726/12

Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „WZ“

Mit Abhandlung von Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

TOP 8

0780/12

Energieversorgung Stadthalle Wetzlar

Prüfungsauftrag

Stv. B r e i d s p r e c h e r dankte StR Borchers, dass er auf seine Bitte hin es geschafft habe, das gewünschte Gutachten aus dem Jahre 2006 zeitnah zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass solche Gutachten gewisse Kosten mit sich bringen würden. Zur Frage eines Contracting führte er aus, dass diese Firmen auch Geld verdienen möchten. Nach seiner Überzeugung scheide ein solches Contracting aus. Rechnen würde es sich für die Stadt, wenn der Contractor Personalkosten für das technische Personal übernehme. Nach wie vor gehe er davon aus, dass eine Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei, weil 5.000 Betriebsstunden nicht erreicht würden.

Abstimmung: 10.0.1

TOP 9

0781/12

Energieversorgung Neues Rathaus

Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 8.0.3

TOP 10

0806/12

Aufwandsteuer für das Hotelgewerbe (Bettensteuer)

OB D e t t e sprach den Wunsch aus, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen, weil der Magistrat noch eine Auflistung der Übernachtungen vornehmen werde und dann eine Stellungnahme des Magistrats ergehe. Stve. Y i g i t war damit einverstanden, wie von OB Dette vorgeschlagen, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen.

Die Vorlage wurde im Geschäftsgang belassen.